

SPD solidarisch mit Kali-Kumpel im Werrarevier

KASSEL. Die SPD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Decker und Uwe Frankenberger sowie die Europa-Parlamentarierin Martina Werner fordern eine größere, dauerhafte Versenkerlaubnis für den Kasseler



Wolfgang Decker

Kali- und Salzproduzenten K+S. Gleichzeitig stellen sie sich anlässlich einer großen Protestaktion der Kalikum-pel am heutigen Donnerstag vor die Beschäftigten. „Gemeinsam mit der Kasseler SPD stehen wir solidarisch an der Seite der seit Monaten immer wieder von Kurzarbeit betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von K+S“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Mit seinen 4500 Beschäftigten im hessischen Kalirevier gehöre K+S zu den wichtigs-



Martina Werner

ten Arbeitgebern in Nord- und Osthes-sen. Indirekt hingen weitere Tausende Arbeitsplätze von der Kaliin-dustrie ab. Hinzu kämen 800 qualifizierte Arbeitsplätze in der Unternehmenszentrale in Kassel. „Die Kaliindustrie ist Motor einer ganzen Region. Mit aller Kraft muss verhindert werden, dass dieser Motor zum Erliegen kommt“, heißt es weiter. Die Beschäftigten bräuchten schnellstens Klarheit.

Die Produktion müsse dauerhaft gesichert werden. „Wir erwarten daher von der schwarz-grünen Landesregie-rung, dass sie umgehend handelt. Denn die übergangsweise ausgesprochene Versenkgenehmigung von lediglich 725 000 Kubikmetern in diesem Jahr ist nicht ausreichend, um die Produktion auf-rechterhalten zu können“, so die Politiker weiter. Große Teile der Arbeitsplätze im Kali-Revier seien gefährdet. Ein Wegfall hätte verheerende Folgen für die Region. (jop)